

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1991

hier: Einzelplan 14

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung – Drucksachen 12/100 Anlage, 12/514, 12/530 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 14 02 – Allgemeine Bewilligungen – sind in Titel 554 99 die für die Rüstungssonderhilfe Türkei eingestellten 137 Mio. DM zu streichen.
2. In Kapitel 14 15 – Feldzeugwesen – sind
 - die in Titel 554 04 – Beschaffung von Munition – eingestellten 2,1 Mrd. DM um 300 Mio. DM zu kürzen,
 - die in Titel 553 04 – Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte – eingestellten 1,6 Mrd. DM um 300 Mio. DM zu kürzen,
 - die in Titel 554 01 für die Beschaffung von Leopard 2 eingestellten 250 Mio. DM zu streichen,
 - die in Titel 554 02 für die Kampfwertsteigerung des Leopard 1 vorgesehenen 110 Mio. DM zu streichen.
3. In Kapitel 14 19 – Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät – sind in Titel 554 02 – Beschaffung des Tornados ECR – die vorgesehenen 426 Mio. DM um 100 Mio. DM zu kürzen.
4. In Kapitel 14 20 – Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung – sind
 - in Titel 551 11 – wehrtechnische Entwicklung und Erprobung – die für den Panzerabwehrhubschrauber vorgesehenen 324 Mio. DM ersatzlos zu streichen,
 - in Titel 551 18 – Entwicklung des Jagdflugzeuges 90 – die vorgesehenen 800 Mio. DM ersatzlos zu streichen.
5. Die im Einzelplan 14 insgesamt für die Materialerhaltung vorgesehenen Mittel in Höhe von 4 905,8 Mio. DM sind global um 500 Mio. DM zu kürzen. Insbesondere sind diese Mittel in

Kapitel 14 19 – Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät – durch sofortiges Aussondern von veraltetem Gerät zu gewinnen.

Bonn, den 3. Juni 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Der vorgelegte Entwurf des Verteidigungshaushalts wird den tiefgreifenden Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht gerecht. Er bietet keine Grundlage für einen Umbau unserer Streitkräfte, der sich an den grundsätzlich veränderten strategischen und operativen Gegebenheiten orientiert. Die großen Herausforderungen und Aufgaben für die nächsten Jahre, nämlich drastische Verringerung der Umfangszahlen, Übernahme der ehemaligen NVA und Neustrukturierung der nun gesamt-deutschen Streitkräfte, insbesondere aber die Bewältigung der Abrüstungsfolgen sowie der Standort- und Rüstungskonversion spiegeln sich in der Ausgabenplanung des Einzelplans 14 nicht wider. Im Gegenteil: Die bisherigen Ausrüstungs- und Rüstungsprogramme werden im Grundsatz unverändert fortgeschrieben. Nachdrücklich wird deshalb die unverzügliche Vorlage eines „Gesamtkonzepts der Abrüstung“ angemahnt.

Im einzelnen fordert die Fraktion der SPD die Aussetzung der großen Rüstungsprojekte, da der künftige Auftrag der Streitkräfte nach Wegfall der Ost-West-Konfrontation durch die Bundesregierung bisher nicht hinreichend definiert werden konnte. Notwendig ist vor allem ein sofortiger Ausstieg aus dem Projekt Jäger 90, da nur so weitere Entwicklungskosten in Milliardenhöhe und Beschaffungskosten in nicht mehr kalkulierbaren Milliardenbeträgen zuverlässig verhindert werden können. Vor dem Hintergrund der weiter erfolgreich verlaufenden Abrüstungsverhandlungen muß auf die Beschaffung zusätzlicher Kampfpanzer Leopard II sowie auf die Kampfwertsteigerung des Leopard I verzichtet werden. Ferner soll durch eine Streichung der Mittel für den Panzerabwehrhubschrauber 2 der Einstieg in die Luftmechanisierung mit einer neuen Dimension der Beweglichkeit des Heeres unterbunden werden.

Die Kürzung der Mittel für Munitionsbeschaffung in Höhe von 300 Mio. DM ist möglich, da nach Wegfall der Ost-West-Konfrontation und vor dem Hintergrund noch nicht definierter Ausbildungserfordernisse sowohl Munition für Ausbildungszwecke reduziert werden kann als auch laufende Beschaffungsprogramme für neuartige Munitionssorten ausgesetzt oder zumindest zeitlich gestreckt werden müssen.

Statt dessen fordert die Fraktion der SPD einen hinreichenden Mittelansatz für die großen Konversionsaufgaben, die sozial verträgliche Abfederung der personellen Reduzierung und eine Aufstockung für die Nord-Süd-Politik in Höhe von einer Mrd. DM.

Die Mittel sollen der Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern insbesondere auf den Gebieten des globalen Umweltschutzes sowie der Klimaforschung, der Bildung und Ausbildung sowie der Soforthilfe in akuten Notlagen von Hunger und Flucht dienen.

